Hier finden Sie einen Überblick über interessante Beiträge aus anderen Medien und Veröffentlichungen. Wenn Sie auf “weiterlesen” klicken, öffnet sich das Angebot und Sie können sich aussuchen, was Sie lesen wollen. (AT)

Wir weisen darauf hin, dass die jeweiligen Anbieter für die Barrierefreiheit ihrer Angebote selbst verantwortlich sind und es durchaus sein kann, dass der Zugang von zunächst freien Inhalten nach einer Zeit beschränkt wird.

Hier die Übersicht; Sie können mit einem Klick aufrufen, was Sie interessiert:

1. Bund-Länder-Bullshit-Bingo Der Impfgipfel der Unverschämtheit
2. Bedarf an Nachhilfe in der COVID-19-Pandemie stark angestiegen
3. 46 Prozent aller Beschäftigten bekommen Urlaubsgeld – 73 Prozent in Unternehmen mit Tarifvertrag
4. Hartz IV: Anerkannte Bedarfe und Zahlungsansprüche im Bund und in den 15 Großstädten – 12/2017 – 12/2020
5. Die nur die Haut zu Markte tragen
6. Abgeordnete aus vier europäischen Ländern gemeinsam gegen Explosivwaffen
7. An der Neuen Seidenstraße
8. Von Fatah, Israel und Hamas verraten
9. Polizei Berlin setzt Ausgangssperre durch: 78 Festnahmen, zehn verletzte Beamte
10. 89-jährige Mieterin muss nicht ausziehen
11. Erst Niedersachsen, jetzt Schleswig-Holstein. Vom kurzen Leben der Pflegekammern und der Frage, ob und wer denn die Lücke füllen kann
12. Hohe Medikamenten-Preise für die Forschung? Oft Fehlanzeige.
13. Emissionen durch Bitcoin-Nutzung: Die Kurve steigt und steigt
14. Auf einmal alles so progressiv hier

Vorbemerkung: *Wir kommentieren, wenn wir das für nötig halten. Selbstverständlich bedeutet die Aufnahme in unsere Übersicht nicht in jedem Fall, dass wir mit allen Aussagen der jeweiligen Texte einverstanden sind. Verantwortlich für die Richtigkeit der zitierten Texte sind die jeweiligen Quellen und nicht die NachDenkSeiten. Wenn Sie diese Übersicht für hilfreich halten, dann weisen Sie doch bitte Ihre Bekannten auf diese Möglichkeit der schnellen Information hin.*

1. **Bund-Länder-Bullshit-Bingo Der Impfgipfel der Unverschämtheit**
   Jugendliche können sich mit Aufhebung der Impfpriorisierung bald um einen Impftermin bemühen – wie alle anderen und mit Betonung auf “bemühen”, denn die meisten werden leer ausgehen. Fest steht: Die deutsche Impfkampagne bleibt ein

Desaster.
Auch wenn Markus Söder in der anschließenden Pressekonferenz ungefähr hundertmal betont hat, dass es in Deutschland gerade "jeden Tag besser" werde: Die wiederkehrenden Beratungen von Bund und Ländern in dieser Pandemie kann der bayrische Ministerpräsident damit nicht gemeint haben. Von seiner eigenen Corona-Politik mal ganz zu schweigen.
Vorrangig scheint es beim Großkopferten-Treffen vielen Teilnehmer:innen offenbar ohnehin darum gegangen zu sein, den Gesundheitsminister für den mangelnden Nachschub an verfügbarem Impfstoff in den Senkel zu stellen. Und so offenkundig es auch sein mag, dass die allgemeine Überforderung von Jens Spahn in den vergangenen Monaten groteske Züge angenommen hat, hält es seine Länderkollegen nicht davon ab, ebenfalls bloß Nebelkerzen im Wahlkampf zu zünden.
Quelle: Stern Online

dazu auch: Impfung von Kindern: Ein unmoralisches Angebot
Die EU-Kommission hat 130 Millionen Impfdosen für Kinder eingekauft – und tut nun so, als sei dies nur ein unverbindliches Angebot. Ob man Kinder impfen solle, sei eine wissenschaftliche Frage, keine politische Entscheidung, sagte Behördenchefin von der Leyen.
Damit macht sich die studierte Medizinerin einen schlanken Fuß. Zum einen hat sie sich persönlich für den neuen Megadeal mit BionTech und damit für die Bestellung der 130 Millionen Dosen für Kinder eingesetzt. Das war eine hochpolitische Entscheidung.
[…]
Die internationale Debatte tobt seit Wochen – und hat längst auch Europa erreicht. Wenn ein Land gut geschützt ist, wäre es besser, zusätzliche Impfstoffe etwa nach Indien zu geben, statt auch noch die Kinder zu spritzen, heißt es auf der "Deutschen Welle".
Brüssel tut jedoch so, als habe man die Kritik nicht gehört. Der EU-Gipfel beschloß, dass 100 Millionen Impfdosen an arme Länder gespendet werden sollen – wohl wissend, dass dies nur ein Tropfen auf den heißen Stein ist, und sogar weniger als für Kinder in EUropa.
Quelle: Lost in Europe

2. **Bedarf an Nachhilfe in der COVID-19-Pandemie stark angestiegen**
   Die langen Monate des Distance-Learnings im letzten Schuljahr haben den Lerndruck in Familien massiv erhöht. Die aktuellsten Ergebnisse der AK-Schulkostenstudie zeigen nun deutlich, dass Familien versuchen, mittels privat finanzierter und organisierter Nachhilfe das Lernen außerhalb der Schule zu bewältigen und ihre

Kinder vor möglichen Lernrückständen zu schützen. Dabei stellt das Zurückgreifen auf private Nachhilfe viele Familien vor große finanzielle Belastungen. Andere Familien hätten gerne auf diese Möglichkeit zurückgegriffen, konnten sich die bezahlte Nachhilfe aber schlichtweg nicht leisten. Zwar haben sich die Schulen oftmals bemüht, ihr Angebot an Gratisnachhilfe bzw. Förderunterricht auszubauen, der faktische Bedarf an Nachhilfe ließ sich damit allerdings nicht vollständig abdecken.
Quelle: A&W blog

3. **46 Prozent aller Beschäftigten bekommen Urlaubsgeld – 73 Prozent in Unternehmen mit Tarifvertrag**
In Deutschland erhalten etwas weniger als die Hälfte (46 Prozent) aller Beschäftigten in der Privatwirtschaft Urlaubsgeld. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Online-Befragung des Internet-Portals Lohnspiegel.de, das vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut (WSI) der Hans-Böckler-Stiftung betreut wird. Für die Analyse wurden die Angaben von mehr als 57.000 Beschäftigten aus dem Zeitraum von Anfang Mai 2020 bis Ende April 2021 ausgewertet.
Unter den Bedingungen der Corona-Krise sei das Urlaubsgeld in diesem Jahr für viele Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer besonders wichtig, sagt der Leiter des WSI-Tarifarchivs, Prof. Dr. Thorsten Schulten. „Viele Beschäftigte hoffen, nach der langen Zeit des Lockdowns im Sommer wieder in den Urlaub fahren zu können. Aber nicht alle werden sich dies auch leisten können. Gerade im Niedriglohnsektor haben viele Beschäftigte in Kurzarbeit teilweise empfindliche Einkommenseinbußen hinnehmen müssen. Wer da jetzt Urlaubsgeld bekommt, kann sich glücklich schätzen“, so Schulten.
Quelle: Hans Böckler Stiftung
4. **Hartz IV: Anerkannte Bedarfe und Zahlungsansprüche im Bund und in den 15 Großstädten – 12/2017 – 12/2020**
Im Dezember 2020 betrug der gemäß SGB II (Hartz IV) durchschnittlich anerkannte Bedarf für Leistungen zur Sicherung des Lebensunterhalts einschließlich der Kosten der Unterkunft 1.187,10 Euro pro Bedarfsgemeinschaft (605,30 Euro pro Person in diesen 2,854 Millionen Bedarfsgemeinschaften mit 5,597 Millionen Menschen).
In den 15 Großstädten (incl. Region Hannover) reichte der durchschnittlich anerkannte Bedarf pro Bedarfsgemeinschaft von 1.026,80 Euro in Leipzig (L) bis 1.385,90 Euro in München (M).
Die SGB-II-Zahlungsansprüche zur “Sicherung des Lebensunterhalts” liegen erheblich unter dem anerkannten Bedarf. Nach Anrechnung von „zu berücksichtigendem Einkommen“, „vorrangigen Leistungen“ und „zu berücksichtigendem Vermögen“ und Kürzung durch Sanktionen von insgesamt durchschnittlich 340,20 Euro verblieb im Dezember 2020 ein durchschnittlicher Zahlungsanspruch in Höhe von 846,90 Euro pro

Bedarfsgemeinschaft (431,80 Euro pro Person).
In den 15 Großstädten (incl. Region Hannover) reichte der durchschnittliche Zahlungsanspruch pro Bedarfsgemeinschaft von 736,30 Euro in Leipzig (darunter 332,40 Euro für die Kosten der Unterkunft) bis 977,10 Euro in München.
Quelle: BIAJ

5. **Die nur die Haut zu Markte tragen**
   Es gibt jetzt endlich ein neues Betriebsrätegesetz. Leider hinkt es der Arbeitswelt hinterher
   Genauso schwer, wie uns das Wortungetüm Verkehrswegeplanungsbeschleunigungsgesetz über die Lippen kommt, ist auch das Betriebsrätemodernisierungsgesetz kein großer sprachlicher Wurf. Zumal es weniger darum geht, dass die Betriebsräte selbst irgendwie moderner werden sollen, sondern eher darum, ein Mindestmaß an Anpassungsleistung im Bereich Mitbestimmung zu erreichen. An eine sich ständig verändernde Arbeitswelt, in der die letzte umfassende Weiterentwicklung der Betriebsverfassung fast fünfzig Jahre zurückliegt. 2001 gab es zwar noch mal ein Reförmchen, von dem allerdings die Betriebsräte nicht profitieren konnten.
   Quelle: der Freitag
6. **Abgeordnete aus vier europäischen Ländern gemeinsam gegen Explosivwaffen**
   Unser Ziel ist eine starke internationale Erklärung gegen Explosivwaffen, um einen wesentlichen Beitrag zum Schutz von Menschenleben zu leisten. Ich hoffe sehr, dass noch viele weitere Abgeordnete den Aufruf unterzeichnen“, erklärt Matthias Höhn, für die Fraktion DIE LINKE Vorsitzender des Unterausschusses Abrüstung, Rüstungskontrolle und Nichtverbreitung, anlässlich der Unterzeichnung eines gemeinsamen Aufrufs von Abgeordneten aus vier europäischen Ländern für einen besseren Schutz von Zivilistinnen und Zivilisten vor dem Einsatz von Explosivwaffen.
   Höhn weiter:
   „Erst vor kurzem berichtete der UN-Generalsekretär, dass fast 90 Prozent aller Kriegsopfer im Jahr 2020 Zivilistinnen und Zivilisten waren. Tausende von ihnen starben durch den Einsatz von Explosivwaffen in dicht besiedelten Gebieten. Es ist deshalb dringend notwendig, eine internationale Erklärung gegen den Einsatz dieser Waffen zu beschließen.
   Bereits diesen März haben 210 deutsche und französische Abgeordnete auf Initiative von Pierre Laurent und mir einen gemeinsamen Appell für eine solche Erklärung unterzeichnet. Mittlerweile kann man fast schon von einer europaweiten, interparlamentarischen Bewegung sprechen, die sich für einen besseren Schutz von Zivilisten vor Explosivwaffen einsetzt. Am 27. Mai trafen sich Abgeordnete aus fünf europäischen Ländern zu einer von Handicap International organisierten Online-

Konferenz und diskutierten die wichtigsten Herausforderungen und nächsten Schritte des diplomatischen Prozesses.
Anlässlich der Konferenz wurde der gemeinsame Aufruf verfasst, in dem die europäischen Regierungen aufgefordert werden, den Schutz der Zivilbevölkerung vor dem Einsatz von Explosivwaffen in bevölkerten Gebieten zu stärken und die Opferhilfe zu verbessern. Bereits jetzt haben 172 Abgeordnete aus vier Staaten die Erklärung unterschrieben, die bis September 2021 weiterhin zur Unterzeichnung offen ist.“
Quelle: DIE LINKE. im Bundestag

7. **An der Neuen Seidenstraße**
   Die Sanktionen der EU werden Minsk nicht allzu hart treffen. Das liegt auch an der geopolitischen Lage […]
   Ökonomen streiten seit Langem, ob Wirtschaftssanktionen überhaupt die gewünschte Wirkung entfalten. Laut internationaler Sanction Data Base hat in der Vergangenheit wirtschaftlicher Zwang im Durchschnitt in 30 bis 50 Prozent der Fälle funktioniert. Das bedeutet aber auch: In 50 bis 70 Prozent der Fälle verfehlten die Maßnahmen ihr Ziel. Einig ist sich die Forschung darin, dass Wirtschaftssanktionen umso erfolgreicher sind, je geschlossener die Front der Sanktionsstaaten ist, sprich: je enger die USA und die EU kooperieren.
   Dies dürfte hier zwar der Fall sein, US-Präsident Joe Biden hat die Beschlüsse der EU begrüßt und plant eine eigene Ausweitung der Sanktionen. Allerdings ist die ökonomische Abhängigkeit des Landes vom Westen gering, seine Wirtschaft ist stark auf Russland ausgerichtet. Russland und China liefern fast zwei Drittel aller Importe und über 40 Prozent der Exporte. Mehr als die Hälfte aller ausländischen Direktinvestitionen in Belarus stammen aus Russland. Als Investor holt China schnell auf.
   Quelle: der Freitag
8. **Von Fatah, Israel und Hamas verraten**
   Nahost Die Lage der Palästinenser hat sich durch die Waffenruhe kaum verbessert. Netanjahu ist einer Entmachtung aber bis auf weiteres entgangen
   Die Waffenruhe ist in Kraft. Binnen zwei Wochen wurden zwölf Israelis getötet, Dutzende verletzt. Im Gazastreifen starben 250 Menschen, darunter 66 Kinder, 1.900 sind verletzt und 70.000 obdachlos, ganze Straßenzüge liegen in Trümmern. Hinter diesen Zahlen verbergen sich beidseitig Leid und Traumata, und sie offenbaren das asymmetrische Verhältnis der Kriegsparteien. Im Diskurs über den Krieg in Nahost, der auch hierzulande immer unsachlichere, heuchlerische und spalterische Züge annimmt, wird meist suggeriert, es handele sich um zwei ebenbürtige Kontrahenten: Hamas versus Israel.
   Dabei wird die Tatsache übergangen, dass die israelische Regierung 2005 ihre

Truppen und die Siedler aus Gaza zwar abzog, den übervölkerten Landstrich seither aber weiterhin von Meer, Land und Luftraum aus beherrscht. Kein Bewohner Gazas kann ohne Genehmigung der israelischen Behörden ausreisen; selbst die Aus- und Einfuhr von Waren wird streng kontrolliert. Seit Bestehen der israelischen Besatzung der palästinensischen Gebiete 1967 wurden unzählige Vorschriften der israelischen Militärbehörden eingeführt, um die Bevölkerung zu maßregeln und nach Belieben kollektiv zu bestrafen.
Quelle: der Freitag

9. **Polizei Berlin setzt Ausgangssperre durch: 78 Festnahmen, zehn verletzte Beamte**
Nach ersten Informationen hätten sich rund 100 Menschen auf dem Mariannenplatz aufgehalten. Sie seien auch mit Beginn der Ausgangssperre um 22 Uhr geblieben. Als die Einsatzkräfte die Menschen vertreiben wollten, wurde ihnen von mehreren Menschen erklärt, sie seien zum Joggen draußen und das sei erlaubt.
Von einem Mann, der sich trotz mehrfacher Aufforderung der Polizei weigerte zu gehen, verlangten die Beamten den Ausweis. „Der Angesprochene wies sich jedoch nicht aus und versuchte stattdessen, sich vom Ort zu entfernen, woraufhin ein Beamter ihn festhielt. Umstehende Personen begannen daraufhin umgehend, die eingesetzten Polizeikräfte zu bedrängen“, so ein Polizeisprecher.
Die Polizisten setzten ihre Helme auf, zogen teilweise ihre Reizstoffsprühgeräte und „forderten die aggressive Menge auf, Abstand zu halten“, so der Sprecher weiter. Stattdessen begannen die Menschen, Steine und Flaschen auf die Einsatzkräfte zu werfen. Als die Menge immer größer und aggressiver wurden, setzen die Beamten ihre Schlagstöcke und Pfefferspray ein und zogen sich unter massivem Bewurf mit Steinen und Flaschen zurück. Sie stiegen in ihre Einsatzfahrzeuge und fuhren davon. Wenig später rückte dann Verstärkung an.
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung JK: *Inzwischen ist in Berlin die nächtliche Ausgangssperre aufgehoben, größere Menschenansammlungen sind aber weiter untersagt. Dennoch eine Illustration des Corona-Irrsinns, durchgesetzt durch eine hilf- und planlose politische Elite, die in ihrem Aktionismus, angefeuert von dogmatischen Wissenschaftlern, jedes Maß und jedes Ziel verloren hat. Ausbaden darf es wieder einmal die Polizei.*

dazu auch: Ärztin attackiert Polizei Berlin: Warum werden Jugendliche draußen belästigt?
Sibylle Katzenstein kritisiert Teile der Infektionsschutzverordnung. Die Polizei muss die Corona-Regeln der Politik durchsetzen und wird ebenfalls kritisiert.

Die Berliner Ärztin Sibylle Katzenstein schießt gegen die Einsatzkräfte der Polizei Berlin. Die Medizinerin kritisierte bei Maybrit Illner, dass die Polizisten in Berlin Jugendliche kontrollieren, um die geltende Infektionsschutzverordnung durchzusetzen. Dass dabei auch Bußgelder verhängt werden, findet Ärztin Katzenstein ebenfalls falsch. Dann nannte sie ein Beispiel aus ihrem Bezirk.
„Ich lebe in Kreuzberg, und auf den Skaterplätzen ist viel Polizei unterwegs“, sagte die Frau am Donnerstagabend. Und weiter: „Warum werden diese Jugendlichen, die sich draußen aufhalten und das Richtige tun, von der Polizei belästigt und mit Bußgeldern belegt?“ Dann fährt Ärztin Katzenstein fort: „Warum sollen Jugendliche nicht abends im Park zusammensitzen? Aerosole im Innenbereich sind gefährlich“. Draußen hingegen sei „die Gefährlichkeit wirklich vernachlässigbar“.
Quelle: Berliner Zeitung

Anmerkung unseres Lesers H.M.: *Frau Katzenstein hat im Prinzip Recht: Aerosole im Freien sind als Ansteckungsherd zu vernachlässigen. Maskenpflicht auf Straßen, Plätzen oder Fußgängerzonen, wo man anderen Menschen aus dem Weg gehen kann, sind das Ergebnis überforderter Politiker, was soll das? Kann im Freien (Gedränge) kein Abstand eingehalten werden, setzte ich die Maske auf. Doch auch hier ist das Risiko m. E. eher gering.*

10. **89-jährige Mieterin muss nicht ausziehen**
Eine Berliner Mieterin muss mit ihren 89 Jahren nicht noch einmal umziehen. Wegen ihres hohen Alters und ihrer langjährigen und tiefen Verwurzelung an ihrem Wohnort kann sie die Fortsetzung des Mietverhältnisses verlangen, so das LG Berlin.
Das Landgericht (LG) Berlin hat den Schutz alter und am Wohnort verwurzelter Mieterinnen und Mieter vor Eigenbedarfskündigungen gestärkt und einer 89-jährigen Mieterin im Streit mit ihrer Vermieterin Recht gegeben. Die Frau könne von der Vermieterin unter Berufung auf ihr hohes Lebensalter und ihre langjährige und tiefe Verwurzelung am Ort der Mietsache die Fortsetzung des Mietverhältnisses verlangen, so das Gericht in einer Mitteilung am Donnerstag (Urt. v. 25.05.2021, Az. 67 S 345/18).
Die 89-jährige Beklagte hatte ihre Wohnung im Jahre 1997 von der den Rechtsvorgängern der klagenden Vermieterin angemietet. Im Jahre 2015 kündigte die Klägerin das Mietverhältnis wegen Eigenbedarfs. Die Beklagte und ihr mittlerweile verstorbener Ehemann widersprachen den Kündigungen unter Verweis auf ihr hohes Alter, ihren beeinträchtigten Gesundheitszustand, ihre langjährige Verwurzelung am Ort der Mietsache und ihre für die Beschaffung von Ersatzwohnraum zu beschränkten finanziellen Mittel.

Quelle: LTO

11. **Erst Niedersachsen, jetzt Schleswig-Holstein. Vom kurzen Leben der Pflegekammern und der Frage, ob und wer denn die Lücke füllen kann**
Am 28. April 2021 hat der Niedersächsische Landtag das Gesetz zur Umsetzung der Auflösung der Pflegekammer Niedersachsen verabschiedet. Nur die Grünen sprachen sich gegen die Auflösung aus. Mit Inkrafttreten des Gesetzes konzentriert sich die Pflegekammer Niedersachsen auf die Abwicklung, die u.a. die Erstattung der Mitgliedsbeiträge für die Beitragsjahre 2018 und 2019 umfasst. Damit wurde das endgültige Aus für die erst 2017 gegründete Niedersächsische Pflegekammer besiegelt. Der Auflösung ging im vergangenen Jahr eine hoch emotionale Debatte voraus. Vor allem die Zwangsmitgliedschaft der 78.000 Pflegenden im Land und die Kammerbeiträge waren umstritten, so dieser Artikel: Niedersächsische Pflegekammer wird aufgelöst. In einer Umfrage hat sich ein Großteil der Mitglieder gegen den Fortbestand der Kammer ausgesprochen. 15.100 von rund 78.000 befragten Mitgliedern der Pflegekammer Niedersachsen hatten an einer Online-Abstimmung über die Zukunft der Kammer teilgenommen. Von denen, die sich an dieser Abstimmung beteiligt hatten, stimmten 70,6 Prozent gegen den Fortbestand der Kammer. Wobei man natürlich auch sagen kann, dass lediglich etwa 13,7 Prozent aller Befragten die Pflegekammer abgelehnt haben und diese – eine Körperschaft des öffentlichen Rechts – daraufhin aufgelöst wurde.
Und nun folgt Schleswig-Holstein dieser Entwicklung. Am 21. Mai 2021 hat der Landtag in Schleswig-Holstein das Gesetz zur Auflösung der Pflegeberufekammer Schleswig-Holstein verabschiedet.
Quelle: Aktuelle Sozialpolitik
12. **Hohe Medikamenten-Preise für die Forschung? Oft Fehlanzeige.**
Milliarden fliessen nicht in Forschung und Entwicklung, sondern in die Taschen von Risiko-Investoren. Ein Beispiel.
Was man wissen muss:
    - Das Geld für Forschung und Entwicklung stammt zum kleineren Teil von den grossen Pharmakonzernen, jedoch in erster Linie von Risiko-Investoren und Hedge-Funds. Diese finanzieren kleine Start-Up-Unternehmen, die am Entwickeln neuer Medikamente sind. Sobald sich ein Erfolg abzeichnet, wetteifern Pharmakonzerne darum, wer den Aktionären des Start-Up-Unternehmens den höchsten Preis bieten kann. Die Pharmakonzerne profitieren dann von ihrem Know-how für die grosse Produktion, die Verteilung und den weltweiten Verkauf.

    - Beim Bieten um den höchsten Kaufpreis müssen die Pharmakonzerne zum

Voraus abschätzen, welchen Verkaufspreis sie in den USA und in Europa für das neue Medikament durchsetzen können.

- Die grossen Pharmakonzerne geben für die eigene Forschung und Entwicklung neuer Medikamente oder für den Kauf von entsprechenden Start-Up-Firmen nur halb so viel Geld aus wie für Marketing, Werbung und Lobbying insgesamt. Studien, welche verschiedene Medikamente und Therapien miteinander vergleichen, fehlen meistens. Deshalb können Ärztinnen und Ärzte zuweilen nicht wissen, welche Therapie für ihre Patientinnen und Patienten die zweckmässigste ist. Allzu oft kommt einfach dasjenige Medikament zum Einsatz, für das am erfolgreichsten geworben wird.

Quelle: Infosperber

13. **Emissionen durch Bitcoin-Nutzung: Die Kurve steigt und steigt**
Trotz Kursschwankungen boomt die Kryptowährung Bitcoin. Das System verbraucht inzwischen so viel Strom wie manche Länder.
In den vergangenen Wochen hat die Kryptowährung Bitcoin große Kursschwankungen hinter sich gebracht. Einer der Gründe: Elon Musk, Chef der E-Autofirma Tesla. Erst im Februar hatte Tesla Bitcoin im Wert von 1,5 Milliarden Dollar aufgekauft – Anfang Mai kündigte Musk an, dass seine Firma Bitcoin wegen ihrer schlechten Umweltbilanz nicht mehr akzeptieren werde. Es ging dabei um den Stromverbrauch.
Bitcoin sind eine rein virtuelle Währung, bei der Nutzer*innen Rechnerkapazitäten zur Verfügung stellen, um Käufe und Verkäufe mit Bitcoin zu verschlüsseln und validieren. Belohnt werden sie mit neuen Bitcoin. Weil dies mit einem vergleichsweise ineffizienten Verfahren geschieht, nutzt das Bitcoin-System viel Energie. So viel, dass der Verbrauch inzwischen mit dem Stromkonsum ganzer Länder vergleichbar ist.
Quelle: taz

Anmerkung unseres Lesers J.A.: *Man kann kaum leugnen, dass für den größten Unsinn und viel Umweltschädliches Ressourcen und Energie vergeudet werden: Plastikverpackungen, Einwegbecher, Fast Fashion-Kleidung, elektronische Spiele… Aber Bitcoin toppt das noch alles; der Bitcoin ist eine vollkommen sinnlose virtuelle Veranstaltung, auf die auch noch spekuliert wird. Gold hat einen hochgejazzten Liebhaberwert und fast keinen Materialwert, aber immerhin Anwendungen in der Mikroelektronik und beim Zahnersatz; der Bitcoin wird genauso gehypt, hat aber überhaupt keine Anwendung außer für Geldwäsche, anonyme Erpressung und andere illegale Aktivitäten. Und ein geschätzter Stromverbrauch in der Größenordnung des*

Landes Polen ist schon lange kein Spaß mehr. Wann wollen die Miner aufhören, wenn der Bitcoin so viel Strom verbraucht, wie der Rest der Welt? Nein, dieser Wahnsinn muss weltweit verboten werden, und ich verstehe nicht, dass das nicht schon längst geschehen ist.

14. **Auf einmal alles so progressiv hier**
Keine der Parteien zeigt für Grün-Rot-Rot besonders viel Enthusiasmus. Ausgeschlossen ist ein Mitte-links-Bündnis trotzdem nicht. Fragt sich nur, was die sozialistische Linke davon hat.
Man darf wieder von wilden Utopien träumen – zumindest von der Utopie, nicht von der CDU regiert zu werden. Seit sich die Grünen entschieden haben, Annalena Baerbock zur Kanzlerkandidatin zu machen, erfreuen sie sich eines erneuten Umfragehochs, wie zuletzt im Winter 2019 vor Ausbruch der Pandemie. Einzelne Umfragen belegen eine, wenn auch sehr dünne und fragile, theoretische Mehrheit für ein Mitte-links-Bündnis jenseits der Union.
Doch hat eine grün-rot-rote Koalition überhaupt eine reale Chance? Ist Schwarz-Grün nicht schon längst ausgemachte Sache? Skepsis und Zynismus sind durchaus berechtigt.
Sicherlich ist die Option Grün-Rot-Rot derzeit eher unwahrscheinlich. Doch unabhängig davon, was man von einem solchen Bündnis hält, sollten die Umstände, unter denen es zustande kommen könnte, genauer in den Blick genommen werden.
Quelle: Jacobin